50. Dienstag den 1. März 1859. 50.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Inserate (1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum; Reklamen verhältnißmäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis **10 Uhr** Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 1. März. Se. K. H. der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht: Dem Bureau-Direktor des Herrenhauses, Geheimen Regierungsrath Fritze, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Großherzogs von Sachsen K. H. ihm verliehenen Ritterkreuzes erster Klasse des Haus-Ordens vom weißen Falken zu ertheilen.

Die Lehrer an der Provinzial-Gewerbeschule zu Elberfeld, Dr. Wiecke und Artopé, sind zu ordentlichen Gewerbeschul-Lehrern ernannt worden.

Der Rechtsanwalt und Notar von Chappuis zu Landeshut ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Waldenburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt, und der Gerichtsassessor Klenze zu Breslau zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Landeshut und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Breslau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Landeshut, ernannt worden.

Se. Hoheit der Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha ist gestern von Gotha hier eingetroffen.

Abgereist: Se. Exz. der General-Lieutenant und Inspekteur der 2. Artillerie-Inspektion, Encke, nach Torgau; Se. Exz. der Wirkl. Geh. Rath und Kammerherr von Usedom, nach Frankfurt a. M.

Telegramme der Posener Zeitung.

London, Montag, 28. Februar Vormittags. Sicherem Vernehmen nach wird Lord Donoughmore, bisheriger Generalzahlmeister und Vicepräsident des Handelsbüreaus, das Ministerium des Handels, und Sir Sotheron Escourt, Präsident der Armengesetz-Behörde das des Innern erhalten. Lord March soll das Amt des Generalzahlmeisters übernehmen.

London, Montag, 28. Februar. Nach der heutigen „Times" wird die von Disraeli einzubringende Reformbill eine sehr beschränkte sein. Der Präsident des Handelsamts Sir Henley und der Staatssekretär des Innern Sir Walpole, haben resignirt."

Der Dampfer „Asia" ist aus Newyork eingetroffen und überbringt 919,586 Dollars an Kontanten und Nachrichten bis zum 16. d. Der Kurs auf London war daselbst 109⅝, Middling-Baumwolle 11⅝, Tabak unverändert, Mehl gestiegen, Weizen fest. In Neworleans waren Baumwollenpreise unverändert. — Die Dampfer „Amerika" und „India" waren aus Europa eingetroffen.

Aus Veracruz wurde am 9. d. gemeldet, daß der General Miramon an Stelle Zuloaga's die Präsidentschaft übernommen hat; derselbe hat die letzte Zwangsanleihe annullirt, nachdem die Westmächte ihre darauf bezüglichen Forderungen durchgesetzt hatten.

(Eingegangen 1. März, 9 Uhr Morgens.)

London, 1. März. In der heutigen Nachtsitzung des Oberhauses erklärte Lord Malmesbury auf eine Interpellation Lord Brougham's, daß Frankreich die Erklärung abgegeben habe, seine Rüstungen seien nicht außergewöhnlich und hätten keinen speziellen Zweck. — Im Unterhause wurde die Reformbill eingebracht. Die Hauptpunkte sind: alle Hausmiether, welche zehn Pfund Miethe zahlen, und die graduirten Fondsbesitzer sollen stimmfähig sein. Stimmzettel sind erlaubt, Ballot nicht gestattet. Es sollen fünfzehn neue Stimmen vertheilt werden. Die Rechte applaudirte. Russell, Roebuck, Bright, Drummond opponirten, weil der Arbeiterstand unberücksichtigt geblieben sei. Die erste Lesung wird gestattet.

Aufgegeben in Berlin: 1. März 9 Uhr 15 Min. Vormittags.
Ankunft in Posen: 1. „ 9 „ 56 „ Vormittags.

Deutschland.

Preußen. AD Berlin, 28. Febr. [Vermittelungspolitik; die Pariser Konferenz und die rumänische Streitfrage; liberale Opposition gegen die Ehegesetzvorlage.] Die englischen Blätter haben bekanntlich der Sendung des Grafen Cowley nach Wien nur einen Privatcharakter beigelegt. Darunter ist zu verstehen, daß der edle Lord weder bestimmte Forderungen der französischen Regierung zu unterstützen, noch vermittelnde Projekte im Namen seines eignen Kabinets vorzulegen beauftragt ist, sondern daß seine Mission nur den Zweck hat, in vertraulicher Weise dem Wiener Hofe von den in Paris und London vorwaltenden Anschauungen genauere Kenntniß zu geben und gleichzeitig die etwaigen Absichten der östreichischen Regierung näher zu erforschen. Für jetzt ist es den britischen Staatsmännern noch darum zu thun, die Politik Englands weder an das Interesse einer der beiden Parteien, noch an ein bestimmt formulirtes Programm zu fesseln, damit sie vollkommen freie Hand behalten, in vermittelnder Weise einzuschreiten, wenn die Vorschläge von beiden Seiten her eine feste Gestalt gewonnen haben. Nach dieser Auffassung bewegt sich die britische Politik nahezu in derselben Linie, welche bisher von Preußen innegehalten worden ist, und das ruhige Zusammenwirken der beiden direkt nicht betheiligten Mächte dürfte der Erhaltung des Friedens, also den Interessen des politisch und finanziell schwer bedrängten Oestreichs, ersprießlicher sein, als eine in Worten und Rüstungen drohende Haltung, welche unfehlbar das leicht reizbare Nationalgefühl Frankreichs in helle Flammen setzen würde. Die Ansicht, daß die Prüfung der Vorschläge für bessere Regelung der italienischen Verhältnisse einem europäischen Kongreß zu überweisen sei, hat seit kurzer Zeit in den politischen Regionen mehr und mehr Boden gewonnen. — Graf Pourtalès wird wahrscheinlich schon im Laufe dieser Woche Berlin verlassen, um seine diplomatische Thätigkeit in Paris zu beginnen. Die Eröffnung der Konferenz wird frühestens gegen die Mitte des Monats März stattfinden können, da die Vorverhandlungen über die in Betreff der Donauangelegenheiten schwebenden Streitfragen noch bei Weitem nicht zum Abschluß gebracht sind. Die Mehrheit der Konferenzmächte neigt sich unzweifelhaft der Ansicht zu, daß den energischen Kundgebungen des rumänischen Volksstammes gegenüber die Vernichtung der Doppelwahl Cousa's unter einfacher Beibehaltung der Pariser Augustkonvention schwere Bedenken haben würde. — Der neue Ehegesetzentwurf hat bisher von liberaler Seite in der Presse die stärkste Anfechtung erfahren, und es gilt für gewiß, daß auch die entsprechenden Fraktionen im Abgeordnetenhause versuchen werden, die Vorlage im Sinne der französischen Gesetzgebung zu amendiren. Es ist denkbar, daß die Regierung etwaige Abänderungsvorschläge, welche auf eine bestimmtere Fassung der ersten Paragraphen hinzielen, gewähren lasse, dagegen darf man annehmen, daß sie das Prinzip der obligatorischen Civilehe entschieden bekämpfen wird.

☾ Berlin, 28. Februar. [Vom Hofe; Deputation des 11. Inf. Regts. ꝛc.] Der Prinz-Regent nahm heute Vormittag die Vorträge der Geheimräthe Costenoble und Illaire entgegen und arbeitete später mit dem Fürsten von Hohenzollern, dem Minister v. Auerswald und dem Minister v. Schleinitz; zuvor hatte eine Sitzung des Staatsministeriums im Abgeordnetenhause stattgefunden. Mittags ertheilte der Prinz-Regent dem Grafen v. Redern eine Audienz, der morgen auf seinen Gesandtschaftsposten nach Brüssel abreisen soll. Um 4 Uhr begab sich der Prinz-Regent zu seinem Sohne, verweilte bei demselben bis gegen 5 Uhr, und kehrte darauf zu Fuß in sein Palais zurück, wo gleich darauf Tafel war, an der auch der Herzog von Gotha erschien, der am Morgen, begleitet von dem Rittmeister v. Treskow und dem Hauptmann v. Reuther von Koburg hier eingetroffen und im Hotel de Petersbourg abgestiegen ist. — Frau Prinzessin von Preußen hat gestern nicht dem Gottesdienste in der Mathäikirche beigewohnt, sondern besuchte das Krankenhaus Bethanien und hörte dort die Predigt. Abends beehrte sie das Konzert des Hofpianisten H. v. Bülow, welches von dessen Schwiegervater, dem aus Weimar hier eingetroffenen Kapellmeister Dr. Liszt, dirigirt wurde. Abends zuvor hatte Dr. Liszt auch in dem Hofkonzert beim Prinz-Regenten mitgewirkt. — Der Prinz Friedrich Wilhelm empfing heute Mittag eine Deputation von Offizieren des 11. Inf. Regiments, welche dem hohen Chef die Einladung zur Theilnahme an der 50jährigen Stiftungsfeier des Regiments überbrachte. — Der Prinz Albrecht und sein aus Italien zurückgekehrter Sohn wurden heute Vormittag aus Dresden erwartet, kamen aber erst Abends hier an. — Der Fürst Paul v. Lieven, der von Petersburg hier eingetroffen war, hat sich bereits gestern Morgen nach Paris begeben. — Heute Abend erscheint der ganze Hof im königl. Opernhause, um den 2. Subskriptionsball durch seine Gegenwart zu verherrlichen.

Y Berlin, 28. Febr. [Aus Charlottenburg; Graf Walewski; vom Geldmarkt.] Während der Abwesenheit unseres Königs steht der Palast der dritten Residenz, Charlottenburg, die Schöpfung und der Lieblingsaufenthalt der philosophischen Königin Sophia Charlotte und der Schauplatz der ersten Schritte Friedrichs d. Gr. auf seiner ruhmgekrönten Herrscherbahn, öde und verlassen, und doch ist derselbe seit einigen Jahren zu einem gleich angenehmen Winter- wie Sommeraufenthalt, seinem hohen Zweck entsprechend, eingerichtet worden. Der nach ihm benannten Stadt, die jetzt schon gegen 14,000 Einwohner zählt, sind dadurch manche Vortheile verloren gegangen. Dagegen stellen sich ihr auch neue Vortheile in nahe Aussicht, da die Erleuchtung mit Gas wirklich vorbereitet wird und auch der Bau einer Eisenbahn aus der ersten Residenz in die dritte beabsichtigt wird. Das vor einigen Jahren in der Nähe von Charlottenburg aufgefundene und in Angriff genommene Braunkohlenlager ist wegen Mangel an Betriebskapital vor der Hand wieder aufgegeben worden, dagegen hat sich der vor zwei Jahren gegründete Verein zur Förderung des Seidenbaues noch erhalten. Die Gesellschaft zu diesem Zweck hatte sich erst vor einigen Tagen wieder zu einer Berathung versammelt. Zu den milden Stiftungen der Stadt Charlottenburg gehört vorzugsweise das zum Andenken der Königin Louise gegründete Waisenhaus; auch besteht noch ein Verein zur Pflege der Kranken aus der Reihe der verschämten Armen, durch dessen Gründung sich der frühere Hofmedikus Dr. Weigersheim, jetzt zu Berlin, ein Verdienst erworben hat. — Das seit einigen Wochen verbreitete Gerücht vom Rücktritt des französischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Grafen Alexander Colonna Walewski, wurde von den Mitgliedern der hiesigen französischen Gesandtschaft gleich anfänglich als sehr unwahrscheinlich bezeichnet. Dieser Tage aber wurde dasselbe in einem Gesandtschaftsberichte aus Paris als eine ganz falsche Nachricht erklärt, die von der Kriegspartei in Paris verbreitet worden sei, weil der gedachte Staatsmann, seinen hohen Standpunkt vollkommen erkennend und nach seiner moralischen Ueberzeugung handelnd, stets zum Frieden rathe. Dabei setzt man ausdrücklich hinzu, daß der Kaiser Napoleon keineswegs bloß für die zum Kriege rathenden, sondern auch für die Stimmführer der Friedenspartei zugänglich und für ihre Gründe empfänglich sei. — Der Geldmarkt war in verflossener Woche durch die Kriegsgerüchte, die den politischen Horizont verfinsterten, sichtbar alterirt; einige größere Berliner Häuser folgten dem Beispiel eines großen auswärtigen Hauses und gaben Staatseffekten und kommerzielle Papiere mit bedeutendem Verluste schnell fort, wodurch zwei viel benutzte Devisen, die östreichische National-Anleihe und die Metalliques, um 6 Prozent, bis auf 65 und 66, zurückgingen. Wie glatt aber der Boden auf dem Geldmarkt und wie unsicher der Kalkul selbst bei der größten Umsicht ist, erfuhren jene ängstlichen Verkäufer mit dem Verlust sehr großer Summen, denn schon am Dienstage gaben bessere Notirungen beiden obengenannten östreichischen Effekten eine festere Haltung, und am Mittwoch waren sie schon wieder bis auf 70 gestiegen und die Nachfrage danach war sehr groß, während andere Fonds, namentlich auch die russischen und die preußischen, ganz ohne Frage blieben.

Oestreich. Wien, 26. Febr. [Rußlands Haltung; Rüstungen.] Die vor Kurzem von mehreren Seiten erwähnten Gerüchte über die zu Gunsten Frankreichs und Sardiniens übernommenen Verpflichtungen werden von berufener Seite widerlegt; doch giebt man zu, daß zwischen dem Kabinette der Tuilerien und dem von Petersburg Verhandlungen bestanden haben oder vielleicht noch bestehen; stellt jedoch in Abrede, daß dieselben bereits ein Resultat gehabt haben, wie es von Frankreich gewünscht wird. Es scheint, nach Allem, was man in dieser Hinsicht vernimmt, in Petersburg ganz besonders betont zu werden, daß man sich vollkommen die freie Hand bewahren müsse, um je nach Umständen operiren zu können. Bemerkenswerth ist es auch, daß die Partei, welche die zwischen Rußland und Oestreich aus Anlaß des orientalischen Krieges entstandenen Differenzen als ein Unglück für das letztere betrachtete, eine Versöhnung zwischen den beiden Kaiserstaaten nicht für unwahrscheinlich hält und dabei auf die Vermittlung Preußens rechnet. — Die Rüstungen werden hier fortwährend mit großem Eifer betrieben. Die Pferdeankäufe dauern fort, und sind neuerdings wieder bedeutende Lieferungen für Armee-Bedürfnisse abgeschlossen worden. Die Aufstellung eines bedeutenden Observationskorps im Vorarlbergischen bestätigt sich. Das an der serbischen Grenze stationirte Korps ist in letzterer Zeit nicht verstärkt worden, doch hört man nicht, daß es zurückgerufen werden soll. (K. Z.)

Mailand, 21. Febr. [Gerüchte über Verlegung der Regierung; Petition; Graf Dandolo †.] Ein Korrespondent der „Köln. Ztg." erwähnt eines mit großer Bestimmtheit auftretenden Gerüchts, demzufolge die Residenz des Erzherzogs General-Gouverneurs Ferdinand Max von hier nach Verona und der Sitz der Regierung gleichfalls dorthin verlegt werden soll. Wie man weiter versichert, sollen die Regierungsgeschäfte des lombardisch-venetianischen Königreichs zentralisirt und zu diesem Behufe die Statthaltereien von Mailand und Venedig aufgelöst, und in eine neu zu errichtende Centralstelle, in eine sogenannte Finanz-Landes-Prokuratur, vereinigt werden. — Die Mailänder Kommunal-Verwaltung hat an den Kaiser eine Petition gerichtet, in welcher um Vereinigung der beiden Universitäten von Pavia und Padua in eine einzige und um deren Hierherverlegung gleichzeitig gebeten wird. Die Stadt macht sich übrigens anheischig, das erforderliche Gebäude unentgeltlich zu diesem Zwecke zu widmen, und aus eigenen Mitteln dasselbe einzurichten, und alle Fakultäten reichlichst zu dotiren. — Aus Mailand wird der Tod des Grafen Emilio Dandolo gemeldet. Derselbe hatte sich an den Ereignissen von 1848 und 1849 in hervorragender Weise betheiligt; er war bei der Vertheidigung Roms, wo sein Bruder Heinrich während der Belagerung an seiner Seite getödtet wurde. 1856 gab er ein Werk heraus, „die lombardischen Freiwilligen", das große Anerkennung fand.

Mailand, 24. Febr. [Theaterexzeß.] Vor dem Scala-Theater fand gestern ein Pöbel-Exzeß durch Zischen und Pfeifen statt, wodurch mehrere Masken insultirt werden sollten; die Wache stellte die Ordnung wieder her, die Ruhestörer wurden verhaftet.

Hannover. Osnabrück, 26. Februar. [Ordnungsstrafe.] Die Urheber der Adresse an den Abgeordneten v. Bennigsen sind, weil sie unterlassen haben, der Polizei die vorschriftsmäßige Anzeige von der Versammlung zu machen, in welcher die Unterzeichner mit dem Inhalt der Adresse bekannt gemacht wurden, zu einer Ordnungsstrafe von je 2 Thlr. verurtheilt worden. Die Betroffenen haben appellirt.

Sachsen. Dresden, 26. Februar. [Eine telegraphische Depesche des „Nord".] Das „Dresd. Journ." schreibt: In welcher ausgedehnten Weise die Benutzung des Telegraphen durch die Journalistik stattfindet, dafür giebt eines der neuesten Blätter des „Nord" Zeugniß, worin folgende Mittheilung als auf telegraphischem Wege von Dresden an den „Nord" gelangt, aufgenommen war:

„Dresden, 15. Febr. Graf Buol hat unter dem 5. Februar eine Cirkular-Depesche an alle deutschen Höfe, mit Ausnahme Preußens, ergehen lassen. Diese Depesche hat zum Zweck, die deutschen Staaten zweiten Ranges für die Sache Oestreichs zu gewinnen und die Stimmung der Souveräne in Bezug auf die italienische Angelegenheit zu sondiren. Sie erkennt an, daß für den Augenblick jeder Schritt bei der Bundesversammlung in Frankfurt so lange nicht an der Zeit sein würde, als die Unterstützung der deutschen Staaten Oestreich nicht gesichert sei. In dem ganzen Cirkular ist nicht ein einziges Mal des deutschen Bundes Erwähnung gethan. Der Ausdruck „Deutschland" ist mehrere Male mit einer gewissen Absichtlichkeit gebraucht. Hier betrachtet man diesen Schritt als eine gegen Preußen gerichtete Demonstration."

Inzwischen haben die bei dem hiesigen Telegraphen-Bureau angestellten amtlichen Ermittelungen ergeben, daß eine gleichlautende und selbst eine nur irgend ähnliche telegraphische Depesche von Dresden gar nicht abgegangen ist.

Württemberg. Stuttgart, 26. Febr. [Preßprozeß.] Am 22. d. wurde hier vor dem Kriminalamte ein durch sein Objekt und durch die betheiligten Persönlichkeiten sehr interessanter Preßprozeß verhandel. Der bekannte Historiker Dr. W. Menzel stand unter der Anklage der Ehrenkränkung und Verleumdung gegen den verstorbenen allbekannten Zschokke. Menzel hatte im Juni vorigen Jahres in seinem Literaturblatte bei Erwähnung des Reisewerkes der Gräfin Dora d'Istria, welche Zschokke einen „Charakter" nannte, dies bestritten. Er setzte das Verhältniß Zschokke's zu Napoleon I. und Montgelas auseinander und nannte Zschokke und Johannes v. Müller „feile Seelen und erkäufliche Speichellecker der Gewalt". Hiergegen haben die Erben geklagt, und der Sohn Zschokke's ist zur Anklage-Verhandlung hierher gekommen. Die Anklage setzt auseinander, daß Zschokke mit Napoleon in gar keiner Beziehung gestanden, daß er von Montgelas, mit dem er engere Verhältnisse unterhielt, doch nur einige wenige Ehren- oder Freundschaftsgeschenke erhalten habe. Menzel hielt seine Behauptungen aufrecht. Nicht der Privatperson, die gestorben, sondern dem Schriftsteller, der nicht sterbe und dem Richterstuhle der Geschichte angehöre, habe sein An-

griff gegolten. Derselbe sei begründet; er wies aus Zschokke's Flugschriften von 1807, 1809 und 1813 nach, daß derselbe Napoleon als liberalen Reformator gepriesen habe. Dem Geschichtschreiber und der freien Presse müsse die Würdigung politischer Schriftsteller vom patriotischen Standpunkte aus freistehen, und er, Menzel, könne nicht dafür verurtheilt werden, daß sein Verdikt mit der Anschauung von Zschokke's Erben nicht übereinstimme. Das Gericht erkannte, daß Menzel den Privat-Charakter des Verstorbenen angetastet, daß er aber als ein ehrenhafter Mann, und da er mit dem Motiv der historischen Kritik geschrieben, eine mildere Beurtheilung verdiene. Es verfällte daher den Angeklagten nur zu 8 Tagen Festungsarrest und 25 Fl. Geldbuße wegen Ehrenkränkung und verleumderischen Bezichts. Der Strafantrag hatte viel höher gegriffen. (K. Z.)

— [Einberufung der Beurlaubten.] Die „Bürgerzeitung" schreibt: „Wie wir aus guter Quelle wissen, sind an sämmtliche Oberämter Schreiben ergangen des Inhalts: die Beurlaubten einzuberufen, so daß innerhalb 24 Stunden, von deren Eintreffen an, unser ganzes Armeekorps mobil gemacht werden kann."

Ulm, 26. Febr. [Haferaufkäufe.] In den Alborten unsrer Umgebung finden in neuester Zeit, und zwar in weitem Umkreise, beträchtliche Haferaufkäufe statt, und sollen Tausende von Centnern schon durch Vermittlung von Bruchsaler und Mannheimer Spediteuren nach Frankreich gegangen sein.

Großbritannien und Irland.

London, 25. Februar. [Ueber den Stand der italienischen Frage] äußert sich die gestrige „Times" bei Gelegenheit der Sendung Lord Cowley's nach Wien folgendermaßen: „Von Tag zu Tage häufen sich Symptome, die nur zu deutlich von der Intensität der Krisis zeugen, welche die auswärtigen Beziehungen Europa's durchzumachen haben. Gestern meldeten wir, daß Lord Palmerston die Absicht hat, die Aufmerksamkeit des Hauses der Gemeinen auf den drohenden Zustand der auswärtigen Angelegenheiten zu lenken (s. Tel. in Nr. 48); heute haben wir dem Publikum mitzutheilen, daß Lord Cowley mit einer Spezialmission an den Wiener Hof abgesandt worden ist. Wir zweifeln nicht, daß seine Reise so ziemlich denselben Zweck hat, wie die Rede des gewesenen Premiers: sie soll, so lange es noch möglich ist, die Erhaltung des Friedens unter den militärischen Großmächten des Festlandes zu fördern suchen. Es begreift sich indeß viel leichter, warum Lord Palmerston reden will, als warum Lord Cowley reist. Lord Palmerston's rechter Platz ist das Haus der Gemeinen; wenn er dem englischen oder ausländischen Publikum etwas mitzutheilen hat, so ist es seine Schuldigkeit, den Sprecher anzureden. Aber Lord Cowley's Wirkungskreis ist Paris, und sein Posten ist bei den Ministern des französischen Kaisers oder bei wichtigen Gelegenheiten beim französischen Kaiser selbst. Es ist befremdend, daß man England gerade in dieser Zeit des Vortheils beraubt, den es von der Anwesenheit eines erfahrenen Diplomaten am französischen Hofe sich versprechen darf, eine Zeit, wo von den Berathungen dieses Hofes die verhängnißvolle Wahl zwischen Krieg und Frieden abhängen soll. Es liegt auch etwas Befremdendes darin, daß man den Mann, der uns am Hofe der beinahe schon in Feindseligkeiten begriffenen Macht vertritt, an den Hof des Gegners dieser Macht mit einem Spezialauftrag sendet. Wir können auch nicht ganz vergessen, daß England am Wiener Hofe nicht unvertreten ist, und daß der Diplomat, der dort jüngst angestellt wurde, die Botschaft unsrer Königin und Minister mit dem erforderlichen Grade von Würde und Schicklichkeit wohl ausrichten könnte. Es scheint sonderbar, daß wir eine Gesandtschaft in Paris und eine Mission in Wien unterhalten, und doch nur Einen Diplomaten finden können, um das Amt beider zu verrichten. Doch es ist nun einmal so, und während der nächsten Tage voll unsäglicher Wichtigkeit für den Weltfrieden bleiben wir ohne Vertreter am französischen Hofe, damit er unsern, wie wir denken müssen, inkompetenten Vertreter am Wiener Hofe ersetzen möge. Wir können nicht zweifeln, worin Lord Cowley's Sendung bestehen wird. Wir denken, er soll dem Kaiser von Oestreich feierlich zu wissen thun, daß wir alle uns zu Gebote stehenden Mittel erschöpft haben, um den Kaiser der Franzosen von Eroberungsplänen in Nord-Italien abzubringen. . . . Cowley wird ohne Zweifel Oestreich auf die Erwägungen hindeuten, welche wir schon früher so frei gewesen sind hervorzuheben, daß, praktisch genommen, sein Schicksal in seinen eigenen Händen liegt, und daß es von einer Sinnesänderung Seitens des Kaisers der Franzosen nichts weiter hoffen darf. Seine Flugschrift und seine Rede sind, wie wir (jetzt) fürchten, als sein Ultimatum anzusehen, und er harrt nun, inmitten kriegerischer Rüstungen, der Erwiderung des Staats, den er so scharf und rundheraus angeredet. Wir zweifeln nicht, Lord Cowley ist beauftragt, dahin zu wirken, daß die Erwiderung so günstig als möglich ausfalle; Oestreich vor Augen zu halten, wie nothwendig es ist, die europäischen Meinungen zu gewinnen; und es auf einen solchen politischen Weg zu bringen, daß Frankreich vor dem Richterstuhl des Gewissens, wie vor dem des Völkerrechts, ohne alle Entschuldigung dastehe, wenn es sich zu einem militärischen Angriff hinreißen läßt. Wir können Lord Cowley's Botschaft der ernsten Erwägung der Wiener Regierung nicht dringend genug empfehlen. Wir können nicht glauben, daß er angewiesen ist, dem Kaiser von Oestreich irgend eine Idee vorzutragen, die mit seiner Ehre unverträglich scheine, oder jener Unabhängigkeit vergäbe, die seine große Militärmacht und die Ausdehnung der Hülfsmittel seines Reiches ihm so sicher gewährleisten. Wir könnten nicht erwarten, daß solchen Rathschlägen nur einen Augenblick Gehör gegeben würde. Allein der Kaiser von Oestreich sollte nicht vergessen, daß diejenigen, die Frankreichs Angriffsverfahren am bereitwilligsten tadeln, doch auch nicht in Abrede stellen können, daß Oestreich nicht gerade eine solche Politik befolgt hat, wie Europa von einer Macht erwarten durfte, welche durch die Bestimmungen des Wiener Vertrages so viel gewonnen hat. Wenn Oestreich die Feindschaft Frankreichs zu entwaffnen wünscht, oder wenn es, außer Stande, dies zu thun, Frankreich in dem kommenden Kampfe ohne alle Entschuldigung lassen will, so wird es keine Zeit verlieren, sondern die von uns längst angedeuteten Vorsichtsmaaßregeln ergreifen und seine Stellung in Italien so weit einschränken, daß es sie im Angesicht Europa's behaupten und rechtfertigen kann. Wenn der Kaiser der Franzosen, wie wir dies schon oft auseinandergesetzt, das lombardisch-venetianische Königreich von Oestreich heraus haben will, so darf er von keiner Seite Sympathien erwarten. Indem er dagegen die Räumung der päpstlichen Legationen verlangt, spricht er eine Forderung aus, die im Allgemeinen die Sympathien Europa's für sich hat. In dem Maaß, als die Dinge täglich kritischer werden, wird es auch nothwendiger, daß Oestreich seine Stellung klar umzeichnet und, was daran unhaltbar ist, aufgiebt, um so den Rest mit festerer Hand zu halten. Wenn Oestreich durch die Räumung der Legationen erwirken kann, daß die Franzosen die Halbinsel verlassen, wird es einen diplomatischen Sieg errungen haben, den zu versäumen die größte Unklugheit wäre. Wie groß auch die Gefahr eines Aufstandes wäre, auf die man es bei einem solchen Verfahren ankommen lassen müßte (und wir wollen dieselbe gar nicht unterschätzen), so ist ein künftiges mögliches Wagniß doch augenscheinlich einer augenblicklich dringenden Gefahr vorzuziehen. Die moralische Unterstützung Englands ist bis jetzt mit Freuden der östreichischen Sache gegeben worden, und wir haben daher ein Recht, zu erwarten, daß unser Rath, wenn er mit Ehren angenommen werden kann, eine günstige Aufnahme finde. In die Zukunft zu blicken, ist unmöglich; Alles, was wir im Augenblick sehen können, ist, daß eine Gelegenheit, die drohende Trübsal abzuwenden, vorhanden ist und, wenn man sie nicht recht und fest ergreift, für immer entschlüpfen wird."

— [Artillerie-Erfindungen.] Sir William Armstrong's Ernennung zum Ingenieur im Kriegs-Departement ist, wie man sagt, nur der erste Schritt zu einer allgemeinen Reform der Artillerie-Fabriken. Eines der von Sir William erfundenen Geschütze, ein 12pfünder, wurde heute von der reitenden Artillerie auf dem Paradegrunde in Woolwich probirt. Die allerstrengsten Befehle sind gegeben, keinen Civilisten oder Fremden nahe herankommen zu lassen, da man fürchtet, daß die Waffe nachgeahmt werden könnte. Während der wenigen Tage, daß die Kanone im Arsenale stand, erhielten selbst Offiziere aus dem Arsenale nicht die Erlaubniß, sie zu besichtigen. Sie wird in einem besonderen Holzschuppen aufbewahrt. Ein Gentleman, der gestern mit dem Bleistifte die Kanone zu skizziren suchte, wurde augenblicklich gefaßt und mußte die unvollendete Zeichnung hergeben, was ihn nicht wenig zu ärgern schien. — Mr. Warry, ein Waffenschmied-Sergeant vom 3. Depot-Bataillon in Chatham, hat ebenfalls eine neue von hinten zu ladende Kanone verfertigt, mit der gestern in der Brompton-Kaserne Versuche angestellt wurden. Die Kanone ist ganz und gar 16, vom Schwanzstücke bis zur Mündung 14 Zoll lang. Ihr Gewicht ohne Kasten beträgt 11 Pfund; sie ist aus Messing und der Mechanismus schön gearbeitet. Sie feuert 10 Patronen per Minute, so schnell eben, als zwei Mann sie bedienen können.

— [Das Budget.] Folgendes ist eine übersichtliche Zusammenstellung der englischen Staats-Einnahmen und Ausgaben im verflossenen Jahre: Die Gesammtrevenuen betrugen 66,268,995 Pfd., die Gesammtausgaben 65,159,338 Pfd.; Bilanz 1,127,657 Pfd.; Kassenvorrath im Schatze zu Ende des Jahres: 7,755,455 Pfd. Die Revenuen hatten sich folgendermaßen vertheilt: Zoll-Einnahmen 24,091,999 Pfd.; Accise 17,966,000 Pfd.; Stempelgefälle 7,996,342 Pfd.; Land- und Abschätzungstaxen 3,158,033 Pfd.; Einkommensteuer 7,591,187 Pfd.; Post 3,075,000 Pfd.; Kronlande 277,740 Pfd. — Die Ausgaben waren: Interessen der Staatsschuld 28,501,479 Pfd. (eingerechnet die Verwaltungsspesen); Lasten der konsolidirten Fonds 1,832,876 Pfd.; Armee und Flotte 35,575,282 Pfd., darunter kommen auf die Armee 12,588,736 Pfd. (Kommissariat, Feldzeugamt und Miliz inbegriffen), auf die Flotte 9,637,103 Pfd. (mit Einschluß des Postpaketdienstes, Transportwesens 2c.); gemischte Civilverwaltung 7,253,059 Pfd.; Gehalte des Revenuen-Departements 4,474,440 Pfd.; die Operationen gegen China 391,943 Pfd.; nachträglich vom russischen Kriege 230,000 Pfd.; Civilliste 406,871 Pfd.; Pensionen u. dergl. 339,405 Pfd.; Extragehalte 158,060 Pfd.; Diplomatengehalte 162,638 Pfd., und Gerichtshöfe 598,885 Pfd.

Frankreich.

Paris, 26. Febr. [Die Mission Lord Cowley's; die Verträge der italienischen Staaten mit Oestreich.] Die „Patrie" enthält folgende halboffizielle Mittheilung: „Die öffentliche Meinung legt der Reise Lord Cowley's nach Wien eine wirkliche Bedeutung bei, und wir glauben, daß sie wohl daran thut. Ohne ihre Wichtigkeit übertreiben, ohne das Resultat dieser Mission voraussagen zu wollen, müssen wir den Schritt des englischen Diplomaten als ein Anzeichen betrachten, daß das englische Kabinet sich der Politik des Tuilerien-Kabinets anschließen will. Wir haben niemals an diesem guten Einverständniß gezweifelt, das allen Prinzipien wie allen Interessen entspricht, auf denen die englische Allianz beruht. Das Glücklichste und Logischste wäre sicherlich, daß die Allianz in Italien die Civilisation und die Unabhängigkeit der Völker und die Sicherheit Europa's beschützte, wie sie es im Orient und in der ganzen Welt gethan hat." — Daneben bringt die „Patrie" einen Artikel mit der Ueberschrift: „Oestreich und die Verträge". Sie citirt zuerst zwei Verträge vom 12. Juni und 12. Juli 1815, welche ein Schutz- und Trutzbündniß mit Toscana und Neapel in sich schließen. Neapel machte sogar seine innere Verwaltung von Oestreich abhängig und verzichtete ausdrücklich auf alle Reformen, die mit dem in Lombardo-Venetien befolgten System in Widerspruch treten könnten. Aehnliche Verträge seien mit Parma und Modena abgeschlossen worden. Die „Patrie" will nicht untersuchen, ob die betreffenden Staaten dabei ganz freiwillig gehandelt; sie findet aber, daß man die Lage untersuchen müsse, die Oestreich in Italien in Folge dieser Verträge geschaffen habe. „Vermittelst dieser Verträge, sagt sie, die eine offene Verletzung des europäischen Rechts sind, hat Oestreich die Unabhängigkeit Italiens vernichtet und zu Gunsten seiner Politik die Souveränetät der italienischen Fürsten konfiszirt; es hat seine Herrschaft bald durch den geheimen Einfluß seiner Diplomatie, bald durch militärische Okkupationen auf Mittel- und Süd-Italien ausgedehnt. Es hat, mit Einem Worte, das genommen, was ihm die Schlußakte des Wiener Kongresses nicht gab. Oestreich muß in die Grenzen, die ihm im Vertrage vom 30. Mai 1814 angewiesen wurden, zurückgewiesen werden. Auf diesem Terrain müssen sich alle Mächte vereinigt finden. Die Diplomatie möge deshalb energisch an diesem Reparationswerke arbeiten; wir halten sie für mächtig genug, dieses zu Stande zu bringen.

— [Opposition im Senat.] Die Diskussion über die Dotation des Prinzen Napoleon hat im Senat zu sehr stürmischen Scenen Anlaß gegeben. Zu dem Gesetzvorschlage, betreffend die Bewilligung von 800,000 Fr. für die erste Einrichtung des Prinzen, stellte Hr. Ségur d'Aguesseau das Amendement, diese Summen dem Kaiser direkt zur Verfügung zu stellen, und der Redner motivirte diesen Antrag durch die demokratische und kriegerische Haltung des Prinzen. Auch General v. Castelbajac trat diesem Amendement bei und erging sich in sehr heftigen Ausdrücken über das Benehmen des Prinzen. Noch andere Redner sollen sich in demselben Sinne ausgesprochen haben. Kardinal Donnet suchte die Opposition zu beschwichtigen, indem er ermahnte, im Lande keine Aufregung zu erregen, und namentlich, indem er zu zeigen suchte, daß der Kaiser seinen eigenen Weg ginge, ohne sich von seiner Familie beeinflussen zu lassen. Bei der Abstimmung sollen sich nur 10—12 Senatoren für das Amendement erhoben haben; die Regierungsvorlage wurde dann gegen 2 Stimmen angenommen. Natürlich macht dieser Vorgang ein gewisses Aufsehen im Publikum. Dasselbe würde noch größer sein, wenn die Herren Ségur d'Aguesseau und Castelbajac weniger unpopulär wären. Ersterer ist derselbe, welcher im Jahre 1849 in der legislativen Versammlung den berüchtigten Ausspruch that: lieber die Kosaken in Paris, als die Demokraten. General v. Castelbajac, ehemaliger Gesandter in Petersburg, hat viel von sich reden machen, als er, in Folge des Krieges abberufen, seinen Aufenthalt in der russischen Hauptstadt so ungebührlich verzögerte.

— [Die Rüstungen.] Die „Indep. belge" meldet: „Ein Theil der Division Renault ist bereits in Lyon eingetroffen. Diese Division erhält die Nummer Eins in der Armee von Lyon und der Alpen. Im Marseiller Arsenale befinden sich dem Vernehmen nach auch bereits 16 Batterien Artillerie nach dem neuen Muster." Der „Nord" berichtet in dieser Beziehung: „Das Metzer Arsenal ist mit Absendung einer gewissen Anzahl neuer Batterien nach Lyon und Marseille beschäftigt. Die Garnison in Metz fertigt in diesem Augenblicke an sechs Millionen Patronen für die Infanterie an. 10,000 Pferde sollen in den östlichen Provinzen angekauft werden. Die Kommission für den Ankauf von Pferden operirt gegenwärtig im Elsaß und wird demnächst im Mosel-Departement erwartet. Die mit dem Ankaufe beauftragten Offiziere dürfen Pferde bis zum Alter von 10 Jahren erstehen. In Toulon soll ein neues Marine-Hospital gebaut werden." — Die Dampffregatte „Christophe Colomb" ist laut dem „Moniteur" am 23. Februar schon wieder mit Truppen von Algier in Marseille eingetroffen und nach Ausschiffung derselben sofort wieder nach Algier zurückgeeilt. Auch die Dampf-Fregatten „Mogador" und „Panama" sind, wie der „Moniteur" meldet, am 25. Februar von Toulon nach Algier gegangen.

— [Tagesnotizen.] Die aus Musikern bestehende Kommission, welche damit beauftragt war, auf Mittel zu sinnen, um in allen musikalischen Instituten Frankreichs eine gleichmäßige Stimmung herzustellen, hat dem Staatsminister ihren Bericht eingesandt. Dieses Schriftstück füllt nahe an sechs Spalten des „Moniteur". Mit Zugrundelegung der darin ausgesprochenen Ansichten hat der Minister die Einführung einer „Normal-Stimmgabel" verfügt, bei welcher für das stimmangebende A 870 Schwingungen auf die Sekunde kommen. Das mustergültige Exemplar dieses Instruments findet seinen Platz im kaiserlichen Konservatorium der Musik und Deklamation. Jede vom Staate autorisirte musikalische Anstalt muß mit einer solchen Stimmgabel versehen sein. Die Anwendung des „diapason normal" tritt in Paris mit dem 1. Juli und in den Departements mit dem 1. Dezember in Kraft. — Graf v. Salignac-Fenelon ist heute nach Frankfurt abgereist. — Wie der „Ocean de Brest" aus Cayenne meldet, sollen auf Anordnung des Prinzen Ministers alle Galeerensträflinge von der Stadt und der Insel Cayenne entfernt und wieder nach den Strafanstalten auf dem festen Lande gebracht werden. — Das Tribunal von Altkirchen im Elsaß hat einen Eisenbahninspektor zu 50 Franken Strafe verurtheilt, weil er fremde Journale nach Frankreich heimlich eingeführt hatte. Die Straßburger Eisenbahngesellschaft wurde für die Bezahlung der Geldstrafe verantwortlich gemacht. — Nach dem „Annuaire diplom." hatte Frankreich seit 1789 65 Minister der auswärtigen Angelegenheiten, 8 von 1830—1848 und 10 von 1848—1852. 13 sind noch am Leben: Broglie, Thiers, Montebello, Guizot, Lamartine, Bastide, Drouyn de l'Huys, Tocqueville, Lahitte, Bremer, Baroche, Turgot, Walewski (seit 1855). — Es wird eine neue Expedition zur Entdeckung der Quellen des Nil vorbereitet. Dieselbe soll unter Leitung des Herrn Miani, Mitglieds der geographischen Gesellschaft in Paris, von Zanzibar aus vorzudringen suchen. Herr Miani kehrt in Kurzem von Paris nach Egypten zurück, nachdem er sich mit den namhaftesten europäischen Gelehrten über sein Unternehmen besprochen hat.

— [Die Räumung des Kirchenstaats.] Die Debatten, welche gestern im englischen Ober- und Unterhause stattfanden (s. London), haben große Sensation erregt. Die englischen Staatsmänner gaben einer Angelegenheit, nämlich der der Räumung der päpstlichen Staaten, eine Wichtigkeit, die diese keineswegs hat. Schon seit drei Wochen weiß man, daß Oestreich sich nicht weigern wird, seine Garnisonen aus dem Kirchenstaate zurückzuziehen, wenn Frankreich seine Zustimmung dazu giebt, seine Truppen aus Civitavecchia und Rom abmarschiren zu lassen Der Papst hat die Räumung sogar in höchsteigener Person verlangt (s. unten). Wie man übrigens in den hiesigen offiziellen Kreisen über die Reden der englischen Minister denkt, ist aus einem Artikel der halboffiziellen „Patrie" zu ersehen. Derselbe lautet, wie folgt: „Die Erklärungen des Herrn Disraeli im Unter- und die des Grafen Malmesbury im Oberhause haben sich nur mit einem einzigen Punkte der italienischen Frage beschäftigt, nämlich mit der Räumung der päpstlichen Staaten durch die französischen und östreichischen Truppen. Die beiden Mitglieder des Kabinets haben geglaubt, ankündigen zu können, daß diese Maaßregel weder bei der französischen Regierung, noch von Seiten des Wiener Kabinets Anstand finden und daß sie die Zustimmung des Papstes haben würde. Das englische Parlament hat diese Nachricht mit Befriedigung aufgenommen, indem es darin einen mächtigen Beweggrund erblickte, daß der Friede nicht gestört werden würde. Wir wollen gewiß nicht die Wichtigkeit dieser von Lord Malmesbury und Hrn. Disraeli angekündigten Thatsache verkleinern, und noch weniger die Hoffnungen vermindern, welche sich daran zu knüpfen scheinen. Aber wir müssen doch bemerken, daß, wenn in der italienischen Frage die Räumung der päpstlichen Staaten eines der Elemente der Lösung ist, sie für die Lösung selbst nicht genommen werden darf. Wenn die Schwierigkeiten, welche die Diplomatie zu beseitigen bemüht scheint, verschwunden sind, so wird die Räumung nothwendigerweise stattfinden; es wird die Folge des Abkommens sein, das man treffen wird. Was diesen Punkt betrifft, so scheint man bereits jetzt einig zu sein. Die übrigen Schwierigkeiten, die wir aufgezählt haben, bestehen aber, und man kann heute noch nicht sagen, welches Resultat sie geben werden. Indem England eine so erfahrene politische Persönlichkeit, wie Lord Cowley, nach Wien sandte, hat es die ganze Wichtigkeit dargethan, die es daran knüpft. Die Mission, mit welcher man den edlen Lord betraut hat, ist, wie Herr Disraeli sagte, eine versöhnliche Mission. Wird sie gelingen? Wir wünschen auf das aufrichtigste ihren Erfolg, denn die Räumung der päpstlichen Staaten ist in unsern Augen nur der erste Schritt zu einer Lösung, die wahrscheinlich fruchtlos bleiben würde, wenn die anderen Interessen nicht auf befriedigende Weise gelöst werden sollten."

Paris, 27. Februar. [Telegr.] Der heutige „Moniteur" berichtet: Der Kardinal Antonelli hat unterm 22. Februar auf Befehl des Papstes den Gesandten Frankreichs und Oestreichs angezeigt, daß der Papst voll Erkenntlichkeit für die Hülfe, die der Kaiser der Franzosen und der Kaiser von Oestreich ihm bis zu diesem Tage geboten, geglaubt habe, sie benachrichtigen zu müssen, daß hinfort seine Regierung stark genug sei, um für seine Sicherheit hin-

reichend zu sorgen und den Frieden in seinen Staaten aufrecht zu erhalten. In Folge dessen erkläre der Papst sich bereit, mit den beiden Mächten in Unterhandlung zu treten, um in möglichst kürzester Frist die gleichzeitige Räumung seines Gebietes Seitens der französischen und östreichischen Truppen zu erwägen.

Belgien.

Brüssel, 26. Februar. [Schiffsunfall; Geschäftsstockung; Prozeß.] Der englische Dampfer „Northman", der am 22. Febr. gegen Mittag Antwerpen verließ, wurde auf der Höhe von Vliessingen von dem amerikanischen Dreimaster „Union" in den Grund gefahren, so daß er augenblicklich sank. Die Mannschaft wurde theilweise von dem Schiff „Union", theilweise durch ein Lootsenboot gerettet. Der Kapitän des Dampfers, Namens Ansdell, wollte sein Schiff nicht verlassen und ertrank. — Die Nachrichten aus allen industriellen Bezirken Belgiens lauten betrübend; die Arbeit stockt, kaum der dritte Theil der Arbeiter in den großen Etablissements ist beschäftigt. — Der Prozeß gegen Gallas und Levy, die Gründer der Gesellschaft zur Exploitation der Forsten auf der Insel Sardinien, ist beendet. Beide Angeklagte sind freigesprochen und von den Kosten entbunden. (BHZ.)

Schweiz.

Bern, 25. Februar. [Die Wahlunruhen in Tessin; Genfer Zustände; das Grütli.] Immer bedenklicher lauten die Berichte aus Tessin, und die öffentliche Meinung ist um so besorgter, als die traurigen Wahlvorgänge selbst offiziell noch gar nicht aufgeklärt sind, ein Urtheil über dieselben also noch gar nicht möglich ist. Der konservative „Credente" giebt in seiner neuesten Nummer einen, wie er versichert, aus den zuverlässigsten Quellen geschöpften, ganz speziellen Wahlbericht. Nach demselben gehört die Mehrheit im neuen großen Rath den Konservativen; die Anhänger der Regierung zogen sich in zwölf Kreisen, wo sie sich in enormer Minderheit wußten, ohne nur einen Wahlkampf zu versuchen, von der gesetzlichen Wahlversammlnng zurück, konstituirten eine Separat-Versammlung und wählten in ungesetzlicher Weise ihre Kandidaten. Die blutige Gewaltthat im Kreise Magliasina, wobei ein Radikaler getödtet und auf beiden Seiten viele verwundet wurden, geben sie den Radikalen Schuld, die, ungefähr 50 Mann stark, lange nach der gesetzlichen Stunde mit Pistolen, Dolchen und Stöcken bewaffnet, Fahnen und Musik voran, auf dem Wahlplatz erschienen seien und durch die rohesten Provokationen den blutigen Kampf veranlaßt hätten. Die Konservativen aus Tessin erlassen in den gesinnungsverwandten Blätter der deutschen Schweiz einen Nothruf nach dem andern; sie verlangen Angesichts Europas von den Bundesbehörden Gerechtigkeit und Schutz vor dem Terrorismus ihrer Gegner, welche eben die konservativen Gemeinden des Landes durch militärischen Druck mürbe machen, in Furcht erhalten wollen, welche Führer derselben in den Kerker schleppten, peinliche Untersuchung einleiteten und auf den 28. d., den Tag des Zusammentritts des neuen Großen Rathes, einen Staatsstreich vorhaben, um das Land wieder 4 Jahre unter radikaler Herrschaft zu halten. So tönen die Stimmen aus dem konservativen Lager. Ganz das Gleiche sagen die Regierungsblätter von ihren Gegnern, und entwerfen ein noch viel lebhafteres Bild von den Gräueln, deren Urheber die von der ultramontanen Geistlichkeit auf das Höchste fanatisirte Masse der Konservativen sei. Offenbar ist die leidenschaftliche Uebertreibung auf beiden Seiten, und es ist ein großes Glück für die Schweiz, daß Dinge, wie sie eben in Tessin vorgekommen sind, in keinem anderen Kanton möglich sind. Der italienische Volkscharakter, welcher, wenn einmal die Leidenschaften flammen, ohne Weiteres zu Dolch und Pistole greift und dann die Treue, die Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeit sofort über Bord wirft, erklärt Alles. — In Genf geht es immer bunter zu. Wiederholt sind die Patrioten durch Maueranschläge zu Versammlungen „en masse" eingeladen worden; die Leute scheinen aber doch keine rechte Lust mehr zu haben. Herr de la Rive hatte den Redakteur der „Revue" wegen Beleidigungen, die er gegen den konservativen Cirkel „de la Rive" in sein Blatt aufgenommen hatte, gefordert. Die radikale Partei aber stellt dem Herrn Redakteur Ducommun eine Erklärung aus, daß sie ihm das Duell verbiete, da die ihm zu Theil gewordene Herausforderung keine persönliche, sondern eine politische Provokation der konservativen Partei gegenüber der radikalen sei. Die Radikalen decken den Herrn Redakteur mit ihrer Verantwortlichkeit, und sie nehmen die Herausforderung der konservativen Partei an. In Genf hielten nichtgenferische Schweizer eine Versammlung ab, um über eine Kundgebung für Fazy zu berathen und ihn gegen die systematischen Verläumdungen schweizerischer Blätter in Schutz zu nehmen. Unter den Rednern zeichnete sich Ständerath Vogt aus. Man unterzeichnete eine angemessene Adresse. — Das Grütli ist von der gemeinnützigen Gesellschaft angekauft worden, um durch allgemeine Zeichnung eidgenössisches Eigenthum zu werden. (Pr. Z.)

Italien.

Turin, 23. Febr. [Zu den Rüstungen.] Die französische Regierung hat genuesischen Häusern Aufträge zum Ankaufe bedeutender Reisquantitäten gegeben. Der „Corriere mercantile" bringt einen Artikel, die „Freiwilligen" betitelt, worin gemeldet wird, daß zahlreiche Schaaren aus den angrenzenden Provinzen herbeiströmen, um sich den piemontesischen Fahnen anzuschließen, daß jedoch hiebei kein Zwang obwalte. Die „Armonia" publizirt ein inzendiarisches Proklam, wodurch die Offiziere und Soldaten anderer italienischer Staaten eingeladen werden, ihre Fahnen zu verlassen. Die „Armonia" mahnt den Grafen Cavour an das internationale Recht und die geheiligte Pflicht militärischer Disziplin und fragt, ob derlei Aufforderungen geduldet werden dürfen.

Turin, 26. Febr. [Der französische Gesandte; Oestreichs Rüstungen.] Der französische Gesandte ist heute wieder hier eingetroffen. — Die Oestreicher beschleunigen ihre Rüstungen; sie arbeiten an der Befestigung von Pavia und am Lager von Cremona. Während dreier Tage, nämlich am 24., 25. und 26., ward die Eisenbahn für die Beförderung von Truppen und Munition von Verona nach Mantua reservirt. Die Marine-Kanzlei ist von Mailand entfernt worden.

Bologna, 18. Febr. [Verurtheilungen.] Das hiesige Tribunal fällte in diesen Tagen ein Urtheil gegen 39 Individuen, die, größtentheils der Bande Lazarini's angehörend, in der Romagna Raub und Mord verübten; 9 wurden zum Tode, der Rest zu den Galeeren verurtheilt.

Modena, 22. Febr. [Händel mit Piemontesen.] Aus Genua wird gemeldet, daß bei Sarzana auf piemontesischem Gebiete von modenesischen Dragonern eine Verhaftung wegen Wegnahme eines den Verlauf eines Pfades bezeichnenden Fähnchens vorgenommen worden sei. Zur Berichtigung und Erläuterung läßt die „Wien. Ztg." die nachstehende Darstellung folgen: „Am 16. d. hat sich eine an 100 Mann zählende und von einem in Offiziers-Uniform gekleideten Individuum geführte bewaffnete Bande in der Nähe der piemontesisch-modenesischen Grenze, in einer der Sektion Fontia (Gemeinde Carrara) entsprechenden Gegend, versammelt und am äußersten Grenzpunkte eine trikolore Fahne aufgepflanzt. Beim Erscheinen einer modenesischen Jäger-Patrouille fing jene Horde, obwohl sich die Patrouille auf modenesischem Gebiete hielt, zuerst an, Flintenschüsse auf dieselbe abzufeuern; in dem hierauf folgenden, mit der modenesischen Patrouille mit so ungleichen Kräften sich entspinnenden Gemenge betrat die Horde sogar für kurze Zeit das modenesische Gebiet. Als jedoch eine 45 Mann zählende Verstärkung modenesischer Jäger unter dem Kommando eines Offiziers dazu kam, gingen die Angreifer über die Grenze zurück und entfernten sich. In Folge dieser Grenzverletzung, die offenbar auf Störung der öffentlichen Ruhe hinzielte, hat sich die modenesische Regierung veranlaßt gesehen, eine angemessene Reklamation an die piemontesische zu richten. Uebrigens finden fortwährend Provokationen von Piemont aus gegen das Herzogthum Modena statt. Am 18. d. wurde im Modenesischen ein Individuum verhaftet, das aufrührerische, an die herzoglichen Truppen gerichtete Druckschriften mit sich führte, in denen gewöhnlich Viktor Emanuel als König von Italien proklamirt wird." Die „Ostd. Post" erwähnt eine andere Thatsache, die mit obenerwähnten Vorgängen nicht zu verwechseln ist. Das Blatt meldet: „Nach zuverlässigen Berichten aus Modena haben am 15. d. 70—80 bewaffnete Individuen von Piemont aus bei Fontia einen Einfall in das modenesische Gebiet vollbracht und daselbst eine dreifarbige Fahne aufgepflanzt. Die ganze Bande wurde jedoch, nachdem einige Schüsse gewechselt worden waren, wieder die Grenze hinausgeworfen.

Neapel, 22. Febr. [Der König; Verordnung; Erdstöße.] Der König Ferdinand, dessen Fieberzustand noch nicht aufgehört hat, wird nächstens, und zwar zu Wasser, nach Neapel zurückkehren. — Die Polizei hat eine sehr strenge Verordnung gegen Manifestationen in den Theatern erlassen. — In den Provinzen hatte man zwei unbedeutende Erdstöße verspürt.

Rußland und Polen.

Petersburg, 19. Febr. [Stimmen über die italienische Frage.] „Invalide" und „Akademie-Zeitung" sprechen sich heute beide über die italienische Frage aus. Das militärische Organ lehnt seinen Artikel an einen Aufsatz der Revue de deux mondes an, des einzigen französischen Blattes, welches sich noch einige Unabhängigkeit des Urtheils bewahrt hat, und sagt: „Kaum hat sich Europa von den Folgen der orientalischen Frage erholt, die sich über ihm in einem so furchtbaren blutigen Kriege entlud, so steigt ein neues Gespenst auf, welches in dem gegenwärtigen Augenblick die Gemüther erhitzt, die Einbildung beunruhigt. Dieß ist die sogenannte italienische Frage. Ihrer Darlegung und Beurtheilung ist die unlängst in Paris erschienene Broschüre „Napoleon III. und Italien" gewidmet. Es ist kein Zweifel, daß dieselbe durch ihre unbestimmten und dehnbaren Urtheile über die wichtigsten Punkte der italienischen Frage, durch ihre exklusiven Ansichten und sonderbaren Projekte nicht vollständig befriedigt, aber der speziell historische Theil ist in derselben gut dargelegt, außer, wie es sich versteht, an den Stellen, wo von den friedlichen und liberalen Bestrebungen Napoleons I., seiner seltenen Uneigennützigkeit in der Erhaltung der Nationalitäten u. s. w. die Rede ist." Nach einer unparteiischen Darlegung der Entwickelung der Verhältnisse in Italien, bei welcher Gelegenheit der Plan eines italienischen Föderativstaates „sehr sonderbar und unausführbar" genannt wird, heißt es am Schluß: „Die Lage der Dinge in Italien ist jetzt so gespannt, daß eine baldige Entscheidung, auf welchem Wege es auch sei, unbedingte Nothwendigkeit wird. Wenn es der Diplomatie gelingt, diesen gordischen Knoten zu lösen, so wird das Verdienst, das sie Europa dadurch erweist, eines der wichtigsten sein, dessen sich die Staatsweisheit jemals zu rühmen hatte." Der Artikel der „Akademie-Zeitung" ist überschrieben: „Der Krieg und die Traktate" und meint, daß die europäischen Traktate seit 1815 so viel verletzt worden seien, daß man auf ihre Unverletzlichkeit nicht gut pochen könne; sie glichen Netzen, durch die ein großer Fisch ungestraft hindurch geht, während der kleine darin hängen bleibt. Italien könne trotz der Verträge nicht in dem Zustande bleiben, in welchem es sich jetzt befindet, denn ganz Europa leide, wenn eines seiner Glieder leide. Trotzdem spricht der Artikel am Schluß gleichfalls die Hoffnung aus, daß es der Diplomatie noch gelingen werde, den Krieg zu hindern. (Schl. Z.)

Türkei.

Konstantinopel, 16. Febr. [Marseiller Depeschen.] Neuere Depeschen der „Indépendance" melden, daß die Pforte auf den Gedanken verzichtet habe, das Heer aus Rumelien an die Donau zu senden, weil der Oberbefehlshaber desselben erklärt habe, bei der Bedenklichleit der Sachlage in Serbien sei es gefährlich, Bosnien, Albanien und die Herzegowina von Truppen zu entblößen. In Folge dessen werde die Regierung Truppen von Konstantinopel nach Skutari schicken. Außerdem sollen 24 Bataillone, unter denen sich 12 Garde-Bataillone befinden sollen, zu der einen Hälfte in Schumla, zur andern Hälfte in Sofia lagern, um die rumänischen Fürstenthümer zu beobachten. — Die Pforte ist geneigt, die Wahl des moldauischen Divan anzuerkennen, sie protestirt aber gegen die Operationen der walachischen Wahlversammlung. — In dem Distrikt von Janina sind Unruhen ausgebrochen. — Der in Ungnade gefallene Kybrisli Pascha wird mit Glückwünschungen überschüttet. — Der fanatische Pöbel in Rodosto hat die christlichen Bewohner der Stadt bedroht. Ein Franzose ist gefährlich verwundet worden. Die französische Gesandtschaft in Konstantinopel hat die Absendung türkischer Truppen dahin zur Herstellung der Ordnung verlangt und außerdem den „Salamandre" dahin geschickt. Dieses Schiff hat 16 Gefangene nach Konstantinopel zurückgebracht. — Nach Depeschen des „Nord" soll England die Entlassung Savfeti's, Ministers der Finanzen, verlangt haben. — Das „J. de Constant." greift lebhaft die Doppelwahl Cousa's an als illegal und gegen die Konvention vom 19. August: es hofft, daß die Konferenz sie kassiren werde.

— [Räubereien der Montenegriner.] Aus Dalmatien wird der „Militärzeitung" geschrieben: „Es ist kein Geheimniß, daß die Bewohner der Schwarzen Berge auf ein bekanntes Kommando horchen und uns über kurz oder lang beschäftigen werden. Das Vorspiel hiezu gaben sie im verwichenen Monate, wo sie in der Gemeinde Pastrovichia allein fünfzehn Raubeinfälle und Brände vollführten. Die Frechheit dieser Horden wird täglich größer, sie wagen Unerhörtes; so hatten zwei Montenegriner am 7. d. Nachmittags um 5 Uhr den früheren Kapitän von Limjani, Namens Ivo Below Clepaz, der wegen Tödtung eines Weibes aus Montenegro verbannt wurde, auf östreichischem Gebiete zwischen unseren Kordonsposten Uglizza und Blockhaus durch drei Schüsse getödtet. Wenn auch das Motiv hierzu eine Blutrache sein mochte, so macht doch die Tollkühnheit staunen, wenn die Lokalverhältnisse hiebei in Betracht gezogen werden.

Konstantinopel, 19. Febr. [Triester Dep.] Mussurus' Dendung nach Paris bestätigt sich. — Dhulip Singh ist nach Rom abgereist. — Der Artillerie-General Hussein Pascha geht mit einer Fach-Mission nach Frankreich und Belgien ab.

Belgrad, 19. Febr. [Skuptschina; Ausweisungen; Fürst Milosch.] Die 34 Vertrauensmänner, welche als Rest der Skuptschina noch hier zurückgeblieben sind, haben vom Fürsten die Weisung erhalten, gleichfalls nach Hause sich zu begeben, und sind derselben auch sogleich nachgekommen. — Folgenden mehr oder weniger mißliebigen und kompromittirten Personen wurden die Pässe mit der Weisung zugesandt, Serbien zu verlassen: Senats-Vizepräsident Jankovitsch Alexa; Senator Markovitsch; Unterstaatssekretär (Pomocnik) Nikolitsch; Kassationsgerichtsrath Knesevitsch; Direktor der Militärakademie, Major Zach. Dieselben begaben sich auch bereits anf östreichisches Gebiet nach Semlin, und es dürften noch mehrere nachfolgen. — Ich kann unmöglich meinen Bericht schließen, ohne einer Scene zu erwähnen, welche die patriarchalische Regierungsart des Fürsten Milosch trefflich charakterisirt: Bekanntlich hat derselbe bei 100 Sträflingen, die in Topschider in der dortigen Strafanstalt waren, den Rest ihrer Strafzeit erlassen. Bevor sie jedoch in ihre Heimath gingen, mußten sie dem Fürsten vorgeführt werden. Nun hielt er ihnen eine Lehre, schalt sie dabei nach serbischer Sitte tüchtig aus, erklärte ihnen, daß er sie bei einer verübten gesetzwidrigen Handlung und bei einem Rückfalle in ihre früheren Verbrechen nicht mehr einsperren lassen und umsonst füttern, sondern ohne Gnade und Barmherzigkeit erschießen lassen werde, ließ hierauf jedem derselben 2 Fl. K. M. reichen und sich von jedem Einzelnen die Hand küssen. In Folge einer Aufforderung des Fürsten Milosch wählte die Stadt Belgrad heute einen fürstlichen Adjutanten, welcher als Organ zwischen dem Fürsten und der Stadt dienen soll. (P. O. Z.)

Belgrad, 20. Febr. [Cirkularschreiben des Fürsten Milosch.] Der „Serbski Dnewnik" bringt folgendes Schreiben, welches Fürst Milosch Obrenowitsch an alle die Rechte Serbiens garantirenden Souveräne gerichtet hat. Wir geben dasselbe nach dem Wortlaut der Uebersetzung:

„Durch den Willen Gottes und den Wunsch der Nation in die Würde des regierenden (und erblichen) Fürsten Serbiens wieder eingesetzt, habe ich, nach Erlangung des nöthigen Berats von meinem hohen Suzerän, d. d. 9. Februar 1859, neuerdings die Regierung des Landes nach dem Ustav und den Gesetzen des Landes übernommen, bittend den Allmächtigen, mir in Ausübung dieses meines Berufes zum Wohle meines Volkes beizustehen. Die hohe Regierung Ew. Majestät, als Garant der Rechte und der Privilegien dieses Fürstenthums, hat immer geruht, die serbische Nation Hochihrer Gnaden theilhaftig zu machen. Dankend für dieses Wohlwollen, beeile ich mich, Ew. Majestät zu bitten, die Gnade zu haben, meinem Volke auch für die Zukunft dieses Wohlwollen zu bewahren und die Ueberzeugung zu hegen ꝛc. ꝛc. Milosch Obrenowitsch I., Fürst von Serbien."

Asien.

Bombay, 25. Jan. [Ruhestörungen in Rissode; Verbot der körperlichen Züchtigung; die Verbannten.] In Rissode, welches in dem Gebiete des Nizam liegt, hat am 15. d. M., während der stellvertretende Kommissär von Berar sich dort befand, eine Ruhestörung stattgefunden. Es drang nämlich an dem Tage ein Haufen von Plünderern, aus Rohillas, Arabern und Denanihs bestehend, in die Stadt ein, griff das Lager des Kommissärs an und plünderte dasselbe. Letzterer, von den Schüssen der Plünderer verfolgt, fand einen Schlupfwinkel und schickte um Hülfe zu dem in der Nähe lagernden Obersten Hill, der sogleich mit einer Abtheilung Reiterei und reitender Artillerie nach Rissode aufbrach, dort aber erst eintraf, als die Plünderer schon abgezogen waren. Er verfolgte sie unverweilt, konnte ihnen indeß aus Mangel an Fußvolk nicht viel anhaben, da sie sich in einem Dorfe festsetzten, und sich dort so stark verbarrikadirt hatten, daß selbst, als die Infanterie später eintraf, ein Angriff erfolglos blieb und die Engländer mehrere Offiziere und Mannschaften verloren. In der Nacht suchten die Plünderer zu entkommen, was ihnen auch ziemlich vollständig gelungen zu sein scheint; sie büßten nur wenige Gefangene ein, und der Verlust an Todten, den sie beim Durchbrechen der englischen Vorposten erlitten, scheint nicht bedeutend gewesen zu sein. Die Engländer hatten während der verschiedenen Gefechte mit den Plünderern einen nicht unbeträchtlichen Verlust, über den die näheren Angaben indeß noch fehlen. — Nach dem „Englishman" haben mehrere Offiziere in den Nordwest-Provinzen auf Befehl des General-Gouverneurs scharfe Verweise erhalten, weil sie nach dem Erlasse der Amnestie körperliche Züchtigung an Seapoys, welche sich unterworfen hatten, haben ausüben lassen. — Die Zahl der nach den Andaman-Inseln während des Oktobers v. J. verbannten Seapoys beträgt 712. Der Exkönig von Delhi wird nach Angabe der „Rangoon Times" vorläufig in Rangoon bleiben und nicht, wie es ursprünglich beabsichtigt war, nach Tunghu gebracht werden.

Persien. — [Feierlicher Einzug Feruk Khans.] Der „Kawkas" entwirft ein sehr glänzendes Bild von dem feierlichen Einzuge Feruk Khans, früheren außerordentlichen Gesandten an den Höfen zu London und Paris, in Teheran, sowie von der Ankunft der durch Feruk Khan bei seiner Anwesenheit in Paris für den persischen Dienst angeworbenen Franzosen, welche an der Seite des Sartib, Nuriman Khan, in Tawris, der Hauptstadt Adserbidjans, so eben angelangt sind. Der Schah hatte, wie auch die offizielle Zeitung Persiens, das „Journal der Begebenheiten", meldet, seinem Botschafter einen ganz außergewöhnlichen Empfang in seiner Hauptstadt bereitet; mehrere Großwürdenträger des Reichs, im Gefolge von 200 Reitern, und viele französische Offiziere in Gala

Uniform ritten dem Gesandten entgegen, und das Personal der fremden Legationen verband sich mit dem Zuge, um Feruk Khan zu beglückwünschen. Derselbe hatte sofort nach seiner Ankunft in Teheran eine Audienz beim Schah, und zwei Tage danach eine zweite. Seitdem ist er unablässig vom Schah in Betreff der Reformen zu Rathe gezogen worden, welche der Monarch von Persien für sein Land beabsichtigt. Als besonderes Ehrengeschenk erhielt Feruk Khan vom Schah einen kostbaren Gürtel, reich mit Edelsteinen besetzt, und ein Feierkleid aus Kachemirstoff.

Teheran, 7. Jan. [Zerstörung von Kary-Kala und Herstellung der Ruhe im Khorassan.] Die offizielle persische Zeitung, „Das Journal für Begebenheiten", theilt Folgendes mit: Dschafar-Kuli-Khan, der Beglerbeg von Afterabad, hatte sich an der Spitze von 10,000 Mann gegen die turkmanische Festung Kary-Kala in Bewegung gesetzt, dieselbe ohne Widerstand genommen und der Erde gleich gemacht. Die flüchtigen Turkmanen waren nordwärts gezogen, und der Frieden in der Provinz Khorassan seitdem nicht weiter gestört worden. Der Schahsade Chamse-Mirza ist zum Gouverneur von Khorassan ernannt; unter ihm stehen als Unter-Befehlshaber: in Turbet Abdullah-Mirsa, in Nishapore Perwis-Mirsa und in Turschis Muhammed-Rahim-Khan. Nach einer Order von etwas älterem Datum war der Prinz Bekram-Mirza zum Gouverneur von Aderbidsjan, und Abbas-Khan zum Dirigenten der diplomatischen Angelegenheiten in Aderbidsjan bestellt worden.

Teheran, 10. Febr. [Hussein Ali Khan] soll zum Gesandten in Paris und London ernannt werden.

Amerika.

Newyork, 12. Februar. [Kuba; der Bürgerkrieg in Mexiko; aus Kanada; der Caß-Yrissari-Vertrag.] Der Kongreß zu Washington beschäftigt sich noch immer mit Erörterung der Kuba-Frage. — Laut Berichten aus Tampico vom 18. Jan. herrschte unter der dortigen Besatzung eine mißmuthige Stimmung, weil ihr der Sold nicht ausgezahlt worden war. Das Geschäft war flau, und die Hoffnung auf bessere Zustände hatte einzig und allein einen Anhaltspunkt an der Erwartung, daß es Miramon gelingen werde, San Luis Potosi zu entsetzen und die Liberalen aus Tampico zu vertreiben. General Garza war ins Feld gerückt und hatte die Regierung interimistisch dem Don Andreas Trevino überlassen. — Die gesetzgebende Versammlung von Kanada hat in Uebereinstimmung mit dem Beschlusse der Königin Ottawa zum Sitze der Regierung gewählt, jedoch mit einer Majorität von nur 5 Stimmen. — Die Regierung von Nicaragua hat den zwischen Amerika und Nicaragua abgeschlossenen Caß-Yrissari-Vertrag in seiner ursprünglichen Form ratifizirt.

Hayti. — [Der Verlauf des Bürgerkrieges.] Die „Wes. Z." entnimmt einigen Nummern des in Port au Prince erscheinenden „Feuille du Commerce" die Einzelnheiten des im Ganzen ziemlich unblutigen Bürgerkrieges, welcher in der Zeit vom 24. Dezember, wo General Fabre Geffrard in Gonaives auf Einladung der nördlichen Theile des Kaiserreichs die Fahne des Aufstandes erhob, bis zum 15. Januar, wo Faustin I. sich an Bord der auf der Rhede von Port au Prince ankernden englischen Fregatte „Melbourne" flüchtete, Hayti von einem Kaiserreich in eine Republik verwandelt hat. Die Vorgänge in Gonaives sind früher berichtet. Ende Dezember zog der Kaiser den Aufständischen entgegen, am 8. Januar kam es unweit Arcahaie zu dem ersten einigermaßen ernsthaften Gefechte. Die Kaiserlichen zogen sich zurück, und am 10. war Faustin wieder in seine Hauptstadt zurückgekehrt, ließ ein Tedeum halten und versprach in einer Proklamation, die nothwendigen Schritte zu thun, um den Aufstand kräftig zu unterdrücken. Am nächsten Tage erschien das Heer der Republikaner schon in der Nähe der Hauptstadt, die mit dem Präsidenten des Senats Verbindungen anzuknüpfen suchten. Soulouque scheint sein Heeres nicht mehr sicher gewesen zu sein, Beförderungen und Geldaustheilungen wurden vorgenommen, allein er wagte nichts gegen seine Gegner. Am 15. Januar Morgens erscholl auf der Linie der Republikaner der Ruf: „Vive la République!" und fand in allen Quartieren der Hauptstadt Wiederhall. Die Zugänge wurden geöffnet, die republikanische Armee drang von allen Seiten in Port au Prince ein, General Geffrard hielt seinen Einzug in die Stadt, und schon um 7 Uhr Morgens hatte er die Abdankungsakte Faustin's in Händen, der sich auf das französische General-Konsulat geflüchtet hatte, von wo aus er Nachmittags sich einschiffte. Der frühere Großkanzler Delva und der Gouverneur der Hauptstadt, Lubin, gegen welche sich namentlich der Haß der Haitner richtet, haben ebenfalls Zuflucht auf dem französischen General-Konsulat durch Vermittelung Geffrard's gefunden. Das zu Gonaives tagende Komité, welches die aufständische Bewegung leitete, hat sofort die Gefängnisse öffnen lassen, um die politischen Gefangenen in Freiheit zu setzen, es hat die Verbannten zurückberufen und die Häfen Port de Paix, Saint Marc, Aquin 2c. dem Verkehr geöffnet. Die Konstitution von 1846 ist vorläufig wiederhergestellt und General Fabre Geffrard zum Präsidenten ernannt; die Namen seiner Minister sind bereits erwähnt.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

— Der Antrag des Herrn v. Kleist-Retzow: die Bestrafung der jugendlichen Verbrecher anderweit zu regeln, hat die Zustimmung der Justizkommission des Herrenhauses erlangt. Der Berathung haben außer den Kommissarien der Minister des Innern und der Justiz auch der Ober-Konsistorialrath Dr. Wichern und Geh. Ober-Regierungsrath Stiehl beigewohnt. Von Seiten des Justizministeriums wurde erklärt, der Antrag sei sehr allgemein gestellt; sein Ziel stehe nicht fest, die Regierung müsse wünschen, bezeichnet zu sehen, was verlangt werde. Die Kommission erklärte jedoch, der Antrag, wie er gestellt sei, genüge, die jetzigen gesetzlichen Bestimmungen seien unbefriedigend, die Verhängung von Gefängnißstrafen gegen jugendliche Verbrecher sei als zweckentsprechend nicht zu erachten. Dagegen war man darüber nicht einig, ob den Gerichten Untersuchung und Strafvollstreckung ganz zu entziehen, ob andere Strafmittel, namentlich körperliche Züchtigung, zulässig und ob Besserungsanstalten eingerichtet werden sollen. Diese Fragen und Gesichtspunkte sind der Regierung zur Erwägung empfohlen worden.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 28. Febr. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit Petitionen. Eine Petition auf Abschaffung der Wuchergesetze wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Eine sehr interessante Debatte rief eine Petition von Königsberger Dissidenten um Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte hervor, Aufhebung der polizeilichen Bewachung ihrer religiösen Versammlungen, Ertheilung des Religionsunterrichts an die Kinder der Gemeinde durch deren Beauftragte und Einführung des einfachen Ja und Nein an Stelle des gerichtlichen Eides mit Eintritt der Meineidsstrafen bei wissentlich falschem Zeugniß. Die Minister des Innern, des Kultus und der Justiz sprachen sich für die Wahrung der gesetzlichen Gewährleistungen religiöser Freiheit und gegen Polizeimaaßregeln aus, welche religiöse Gefühle verletzen und in Fortfall kommen sollten. In Bezug auf Abänderung des Eides seien indessen umfassende Erörterungen erforderlich, bevor die Regierung ein verpflichtendes Versprechen abgeben könne. Die Kommission empfiehlt Ueberweisung an das Ministerium in Erwartung eines bald erscheinenden bezüglichen Gesetzes. Dieser Antrag wird schließlich angenommen. Die Herren Blankenburg und Mathis hatten, letzterer mit Rücksicht auf die ministeriellen Erklärungen, die Tagesordnung, Herr Reichensperger (Köln) dagegen beantragt, den Dissidenten nur Rechte zu ertheilen, wenn dieselben sich als Religionsgesellschaften erweisen; alle diese Anträge werden abgelehnt.

— Der Finanzminister Frhr. v. Patow erläuterte die in der Sitzung vom 26. Februar dem Abgeordnetenhause vorgelegten Gesetzentwürfe über die anderweite Regulirung der Grundsteuer 2c. (s. gestr. Ztg.) mit folgenden Worten: Das Bedürfniß, die Grundsteuer im legislativen Wege zu regeln, ist seit langen Zeiten anerkannt. Es liegen Mängel und Gebrechen von so großem Umfange vor, daß dieselben nicht länger ertragen werden können. Es sei mir erlaubt, zunächst einen Mangel anzudeuten, dem nicht widersprochen werden wird. Es ist dies die formelle Mangelhaftigkeit der gegenwärtig in der Monarchie bestehenden Grundsteuer. Abstrahiren wir von den beiden westlichen Provinzen und der Provinz Posen, so wird die heute bestehende Grundsteuer auf Kataster oder Anlagen erhoben, die bis zu 200 Jahren alt sind. Die Grundlagen der Steuer sind somit unter Voraussetzungen geschaffen, die heute nicht mehr bestehen können. Die alte Veranlagung betraf z. B. Güter und Grundstücke, welche mit einer großen Anzahl von Diensten und Prästationen ausgestattet waren, während auch bäuerliche Grundstücke von ihr betroffen wurden, welche mit Diensten und Lasten hoch beschwert waren. Schon die Veränderungen, welche in dieser Beziehung eingetreten sind, lassen die jetzt vorhandene Grundlage als unzulänglich erscheinen. Es leuchtet also ein, daß eine Grundsteuer, welche unter der Voraussetzung berechnet ist, daß der Ertrag von Grund und Boden ein vielleicht doppelter durch die Prästationen u. s. w. wird, eine nicht mehr zutreffende genannt werden kann, wenn die Prästationen abgelöst sind. Dies trifft besonders bei Gütern zu, mit denen große gewerbliche Einrichtungen verbunden waren. Es ist dies nur ein Beispiel der Verwirrung und des bösen Zustandes, der auf diesem Gebiete herrscht. Es ist aber dadurch dahin gekommen, daß ein großer Theil der Grundsteuer eigentlich in der Luft schwebt. Ein eben so wenig bestreitbarer Uebelstand ist die Befreiung der Städte von der Grundsteuer. Bei Einführung der Generalaccise wurden sie von derselben befreit, bei Aufhebung der Accise dagegen nicht wieder mit der Grundsteuer belegt. Es geschah dies, weil man schon damals mit der Absicht einer Revision der Grundsteuer umging. Eingeführt wurde in den Städten dafür der Servis. Die Bevölkerung der Städte wurde dieser Steuer zu Grunde gelegt und die Städte in mehrere Klassen getheilt. In der damaligen Zeit, im Jahre 1814, ergab dies ein ziemlich gutes Resultat; doch auch diese Veranlagung ist nicht mehr zutreffend, denn von den Städten sind seit jener Zeit die einen zu einem doppelten und dreifachen Wohlstande herangewachsen, während eine große Anzahl anderer an Wohlstand abgenommen hat. Diese Aenderung der Verhältnisse hat dahin geführt, daß der Servis für einen großen Theil der Städte zu einer drückenden Last geworden ist. Von allen Provinzialbehörden sind Anträge auf Abänderung dieser Besteuerung eingegangen, und die Staatsregierung hat sich diesem Andringen nicht verschließen können. Es kommt nun der Uebelstand hinzu, daß in den östlichen Provinzen eine große Anzahl von Grundstücken existirt, welche von jeder Steuer befreit sind. Ich will die inneren Gründe, welche gegen das Fortbestehen dieser Befreiung sprechen, nicht weiter berühren, nur darauf aufmerksam machen, daß eine Reihe von Regenten die Uebelstände erkannt haben, ohne daß es ihnen möglich war, dieselben zu beseitigen. Schon Friedrich Wilhelm I. machte den Versuch, und der hochselige König Friedrich Wilhelm III. erkannte das Prinzip der Grundsteuer vollkommen an, wie dies im Finanzedikt vom 27. Oktober 1810 ausgesprochen ist. Eben so erkennt dies die Verfassungsurkunde und das Patent zur Einführung derselben an. Endlich ist es nicht bloß bei der Aufstellung des Prinzips geblieben, sondern es ist dasselbe durch das Gesetz vom 24. Febr. 1850 wirklich ins Leben getreten. Die Befreiungen sind gesetzlich aufgehoben, und der faktische Zustand steht mit dem Gesetze im Widerspruch. Bei einem solchen entschiedenen Widerspruche der Verfassungsurkunde und der Gesetze mit dem faktisch bestehenden Zustande konnte es nicht verbleiben. Zur Abhülfe desselben giebt es zwei Wege: entweder Verfassung und Gesetze zur Ausführung zu bringen, oder dieselben aufzuheben. Zu dem letzten Wege kann die Regierung niemals rathen, und ich glaube auch nicht, daß es eine Landesvertretung geben würde, welche die Aufhebung dieser Bestimmungen billige. (Bravo!) Seit Jahren sind aus den beiden westlichen Provinzen Anträge an die Staatsregierung gelangt, denen dieselbe nie ein entschiedenes Nein entgegengerufen hat. Die fortgesetzte Untersuchung hat bei der Staatsregierung die Ueberzeugung hervorgerufen, daß die Prägravation jener Provinzen anerkannt werden muß. Es ist aber auch festgestellt worden, daß eine solche Prägravation in zwei anderen Provinzen, Schlesien und Sachsen, vorhanden ist. Ein Remedur ist also nothwendig. Hierzu tritt der Umstand, daß die Grundsteuer nicht allein die Provinzen nicht gleichmäßig trifft, sondern daß auch innerhalb der Provinzen vielfache Ungleichheiten vorkommen. Um allen diesen Uebeln entgegenzutreten, würde die Aufstellung eines vollständigen Katasterwerkes, wie es in den meisten Staaten Deutschlands und Europa's besteht, erforderlich sein. Dies zu veranlassen, kann sich die Regierung nicht entschließen, weil ihr mannichfache Bedenken entgegentreten würden. Die Aufstellung eines Katasterwerkes, wenn es allen Anforderungen entsprechen soll, würde sehr viel Geld und Zeit erfordern; eine erhebliche Summe würde dazu nöthig sein und ein Zeitraum von 15—20 Jahren kaum genügen, um mit dem Werke zu Ende zu kommen. Die Staatsregierung glaubt durch die vorgelegten Gesetzentwürfe einen Ausweg gefunden zu haben. Voranschicken will ich, daß die Staatsregierung nicht gemeint ist, in Folge der Veränderung den Staatskassen eine Mehreinnahme zuzuführen. Die Vorschläge der Regierung bestehen zunächst darin, daß in der ganzen Monarchie eine allgemeine Gebäudesteuer eingeführt werden soll. Bei diesem Gesetzentwurfe sind alle diejenigen Abänderungsvorschläge berücksichtigt worden, welche bei der früheren Berathung dieses Gegenstandes in dem Hause Annahme gefunden haben. Der Gesetzentwurf ist dadurch ein wesentlich anderer geworden. Er tritt in einer viel milderen Form auf. Die Staatsregierung hält es zunächst prinzipiell für richtig, die Gebäudesteuer von der Grundsteuer zu sondern, da diese auf wesentlich anderen Grundlagen beruht, als jene. Das Objekt der Grundsteuer im engeren Sinne ist der Grund und Boden, der von dem menschlichen Willen unabhängig ist, das Objekt der Gebäudesteuer dagegen sind die Gebäude, welche nach dem Willen des Menschen entstehen und wieder verschwinden können. Die Gebäudesteuer charakterisirt sich deshalb gewissermaßen als eine Kapitalsteuer. Es kann für das Gesetz allerdings eine schlechte Vorbedeutung sein, daß der frühere Entwurf die Zustimmung des Hauses nicht erhalten hat, die Regierung glaubt aber, daß die veränderte Lage der Dinge die Vorlage rechtfertige, zumal die Härten, die der frühere Entwurf an sich trug, gemildert sind. Dann glaubt die Staatsregierung sich nicht zu täuschen, wenn sie annimmt, daß die frühere Verwerfung des Gesetzes darin ihren Grund hatte, daß dasselbe als ein isolirtes dastand. — Der zweite Gesetzentwurf betrifft die Veranlagung der bisher befreiten Grundstücke. Bei diesem Entwurfe sind dieselben Grundsätze leitend gewesen, welche im Jahre 1852 festgehalten wurden, und die Veränderungen und Anträge, welche das Haus damals beliebte, gleichfalls berücksichtigt. Mit diesem Entwurfe geht derjenige Hand in Hand, der die Entschädigung empfiehlt. Die Regierung bleibt dabei stehen, daß, abgesehen von denjenigen Grundstücken, für deren Befreiung ein spezieller Rechtstitel nachgewiesen werden kann, im Allgemeinen ein Recht auf Entschädigung sich nicht behaupten läßt; sie bleibt aber auch dabei stehen, daß mit Rücksicht auf das allgemeine Staatswohl, Billigkeit und Versöhnung die Entschädigung im höchsten Grade geboten ist, daß dieselbe aber so abzumessen ist, daß der eigentliche Zweck, der erreicht werden soll, durch ein zu hoch gegriffenes Maß der Entschädigung nicht vereitelt wird. Es wird deshalb vorgeschlagen, den mit besonderen Rechtstiteln versehenen Grundstücken den zwanzigfachen Betrag als Entschädigung zu gewähren. Bei allen übrigen befreiten Grundstücken ist man davon ausgegangen, daß sie ein Drittel der neuen Grundsteuer füglich ohne Entschädigung übernehmen können, und daß bei zwei Dritteln derselbe zwanzigfache Betrag, mit anderen Worten der 13⅓fache Betrag, gezahlt werden soll. Für den ersten Gesetzentwurf bleibt nun noch die Ausgleichung der verschiedenen Provinzen gegen einander übrig. Die sorgfältigsten Untersuchungen haben der Regierung die Ueberzeugung gegeben, daß die Grundsteuer in den beiden westlichen Provinzen dem wirklichen Reinertrage gegenüber sich nicht auf mehr als auf 8 Prozent beläuft. Auch hat sich bei der Regierung die Ueberzeugung festgestellt, daß die Provinzen Schlesien und Sachsen sich den beiden ersteren gleichstellen. In den anderen Provinzen schwankt die Grundsteuer zwischen 5 und 6 Prozent des Reinertrages. Geht man von dieser Basis aus, so würde, um eine Ausgleichung herbeizuführen, es nöthig sein, entweder die Grundsteuer dieser 4 Provinzen um 25 Prozent zu ermäßigen, oder diejenige der anderen Provinzen um 33⅓ Prozent zu erhöhen. Die Ermäßigung findet ihre Schwierigkeiten in der finanziellen Lage (Heiterkeit), da es aber nicht in der Absicht der Staatsregierung liegt, gegenwärtig schon eine Erhöhung der Staatseinnahmen zu erzielen, so schlägt sie vor, die Steuer in den erstgenannten Provinzen um 10 Prozent zu ermäßigen, in den letztgenannten dagegen um 20 Prozent zu erhöhen. Es hat keine Schwierigkeiten, die den westlichen Provinzen zugedachte Ermäßigung sofort eintreten zu lassen; schwieriger wird dies in den Provinzen Sachsen und Schlesien; von einer gleichmäßigen Herabsetzung kann hier nicht die Rede sein, da die Steuer innerhalb dieser Provinzen selbst ungleich vertheilt ist. Es soll deshalb in den beiden letzten Provinzen einem jeden Grundbesitzer das Recht eingeräumt werden, den Nachweis zu führen, daß die auf seinem Grundstücke haftende Steuer 10 Prozent übersteige, und wo ein solcher Nachweis geführt wird, soll der überschießende Betrag abgesetzt werden. Diese Begünstigung ist auch den anderen Provinzen vorbehalten. Dieselben Schwierigkeiten stehen der Erhöhung der Steuer in den übrigen Provinzen gegenüber. Die Regierung glaubt den Vorschlag machen zu müssen, daß die Nothwendigkeit der Erhöhung gesetzlich anerkannt, die Ausführung derselben aber von der weiteren Entwickelung der Verhältnisse abhängig gemacht wird. Es läßt sich nicht verkennen, daß die Ausgleichung zwischen den verschiedenen Provinzen die angreifbarste Stelle der Vorlage ist. Wie fest auch bei der Staatsregierung die Ueberzeugung steht, daß die Voraussetzungen, von denen sie ausgeht, richtig sind, so weit eine Richtigkeit in diesen Dingen behauptet werden kann, so ist doch nicht zu verkennen, daß sich diese Ueberzeugung nicht auf alle Mitglieder des Hauses übertragen läßt. Es werden die Gründe, aus denen die Regierung ihre Ansicht geschöpft hat, vorgelegt werden; sollte dieses Material nicht für genügend erachtet werden, so muß es darauf ankommen, ob das Haus der Staatsregierung das Vertrauen schenken will, daß sie bemüht gewesen, die angemessensten Vorschläge zu machen. Betrachtet man den großen Umfang, den die Ungleichheit der Grundsteuer in diesem Augenblicke noch hat, so muß man es als einen großen Gewinn betrachten, daß die Verschiedenheit sich durch die Vorlagen auf einen ganz kleinen Umfang beschränkt. Die finanziellen Folgen der Vorschläge sind diese: Die Gebäudesteuer wird voraussichtlich einen Ertrag von 570,000 Thlrn., die Besteuerung der bisher befreiten Grundstücke einen Ertrag von 720,000 Thlrn. ergeben. Der Staat erzielt daraus keine Mehreinnahme, da die letzte Summe während 20 Jahren zur Amortisation der Entschädigungen verwendet werden soll; der Mehrertrag der Gebäudesteuer, der allerdings in die Staatskasse fließt, wird dadurch wieder beseitigt, daß die Erhöhung der Steuer in den östlichen Provinzen nicht sofort zur Ausführung gebracht werden kann. Dies, meine Herren, wäre die inhaltschwere Vorlage, die die Regierung Ihnen heute macht. Die Regierung kann sich die Bedenken, welche diesen Gesetzentwürfen entgegengesetzt werden können, keinen Augenblick verhehlen; sie glaubt Ihnen gegenüber aber aussprechen zu müssen, daß sie die Lösung der Grundsteuerfrage als eine unerläßliche betrachtet, die von Jahr zu Jahr immer von Neuem wieder an Sie herantreten wird. — Die Gesetzentwürfe werden mit großer Majorität der Finanzkommission überwiesen.

Aus polnischen Zeitungen.

Die polnischen Zeitungen bemerken es als etwas Auffallendes, daß der Fürst Adam Czartoryski und dessen Familie seit einiger Zeit einen sehr lebhaften Verkehr mit dem russischen und dem östreichischen Gesandten unterhalten. Der jüngere Sohn des Fürsten, Prinz Wladislaw, ist fast täglicher Gast im Hause des Grafen Kisseleff und eröffnete neulich auf einem von demselben gegebenen Balle den Cotillon. Auf dem am 17. d. M. vom Fürsten Adam Czartoryski gegebenen Balle war auch der östreichische Gesandte, Baron Hübner, zugegen. Diese offene Annäherung des Hotels Lambert an die diplomatischen Vertreter Rußlands und Oestreichs hat dem schon vor einem Jahr unter der Emigration verbreiteten Gerüchte, daß der Fürst Czartoryski sich sehr angelegentlich, wenn auch nicht für sich, so doch für seine Söhne um die russische Amnestie bewerbe, wieder neue Nahrung gegeben, die noch durch den Umstand verstärkt wird, daß der greise Fürst in einem, im Oktober v. J. an die Mitglieder der Adels-Komité's zur Regulirung der bäuerlichen Verhältnisse in Litthauen und Ryssinien gerichteten Aufruf nicht nur den wohlwollenden Absichten der russischen Regierung in Bezug auf die Verbesserung der Lage des Bauernstandes volle Gerechtigkeit widerfahren läßt und den Kaiser Alexander einen „edeln für das Wohl seiner Unterthanen sehr besorgten Monarchen" nennt, sondern auch in seinen, den gedachten Komité's ertheilten Rathschlägen das Maaß der von der russischen Regierung den Bauern zugedachten Konzessionen auch nicht um ein Haar überschreitet.

p.

Provinzielles.

e Murow. Goslin, 27. Februar. [Funfzigjähriges Dienstjubiläum.] Der königl. Hegemeister König zu Neukrug, Oberförsterei Eckstelle, feierte am 28. v. M. das seltene Fest des 50jährigen Dienstjubiläums. Derselbe hat während der Jahre 1809—1815 in den Reihen der preußischen Krieger als freiwilliger Jäger ehrenvoll mitgekämpft und seit jener Zeit mit seltener Thatkraft dem schwierigen Dienste als Forstbeamter obgelegen. Trotzdem und unerachtet mehrerer Wunden, welche er aus dem Kriege heimbrachte, erfreut der Jubilar sich noch heute einer außergewöhnlichen Kraft des Geistes und des Körpers. Das von den Angehörigen des Gefeierten festlich geschmückte Haus wurde an diesem Tage die Stätte seltenen Jubels und Glücks; Freunde und Festgenossen wetteiferten, dem allgemein geachteten Jubelgreise ihre Glückwünsche darzubringen. Die frühesten Morgenstunden gehörten dem Familienkreise und dem häuslichen Glück; bald brachten jedoch zahlreiche Freunde von nah und fern fröhliches Leben in das friedliche Jägerhaus. Die sämmtlichen Beamten der Oberförsterei, mit ihrem nächsten Vorgesetzten an der Spitze, brachten dem tief ergriffenen Jubilar ihre Gratulationen dar und überreichten ihm zur Erinnerung an den schönen Tag eine silberne Dose; auch der Landrath v. Reichmeister aus Obornik erschien, um dem alten treuen Anhänger an König und Vaterland seine Theilnahme und Freude an dem seltenen Ereignisse in herzlichen Worten auszusprechen. Von dem k. Finanzministerium und der k. Regierung empfing der Jubilar Glückwunschschreiben in den ehrendsten Ausdrücken, nachdem seine vieljährige Thätigkeit und bewährte Tüchtigkeit durch Verleihung des Allgemeinen Ehrenzeichens, des Titels „Hegemeister" und der Ehrenkoppel bereits in früheren Jahren gebührende Anerkennung gefunden hatten. Das kleine Forsthaus war bis in die späte Nacht hinein die Stätte des lebhaftesten Jubels, welcher durch die Anwesenheit des Schokkener Gesangvereins, der den Jubilar durch ein Ständchen überraschte, noch erhöht ward.

Aus dem Kreise Samter, 28. Febr. [Schulunterstützungen; Brückenbau.] Für die Schulen des hiesigen Kreises sind pro 1859 folgende Unterstützungen auf die Regierungs-Hauptkasse angewiesen worden: für die kath. Schule in Obersitzko 40 Thlr., für die kath. Schule in Wronke 50 Thlr. für die kath. Schule in Scharfenort 30 Thlr., für die evang. Schule in Grünberg 15 Thlr., für die evang. Schule in Ottorowo 63½ Thlr., für die evang. Schule in Wróblewo 15 Thlr., für die kath. Schule in Pozarowo 12 Thlr und für die kath. Schule in Turowo 15 Thlr. — Höherer Anordnung zufolge soll für Rechnung des Staats auf der Poststraße von Obersitzko nach Samter, am Ende des Dammes an der Fechner'schen Mühle die sogenannte Mehlarchenbrücke neu und massiv mit einem überpflasterten Holzbelag erbaut werden, welche exklusive der zu leistenden Spann- und Handdienste auf 450 Thlr. veranschlagt ist.

r Wollstein, 28. Febr. [Gerichtliches; Kuriosum.] Wie seiner Zeit in dieser Zeitung berichtet worden, hat in den letzten Tagen des Monats Oktober 1857 ein großer Theil der Bürgerschaft in Bomst, verleitet durch Einzelne, trotz des Verbots des dortigen Magistrats, sich in den nahe an der Stadt gelegene Kämmereiforst begeben und während 3 Tage Streu gemacht und Holz gebrochen. Die Angelegenheit ist damals vor die k. Staatsanwaltschaft gebracht und es sind demnächst einige Bürger, die als Hauptrrädelsführer betrachtet, von der Kriminaldeputation des hiesigen k. Kreisgerichts zu Freiheitsstrafen von verschiedener Dauer verurtheilt worden. Gegen sämmtliche in den Kämmereiforst verbotswidrig eingedrungenen Bürger ist indeß die Anklage wegen Forst- resp. Walddiebstahls anhängig gemacht worden. In dem zu Anfange des vorigen Jahres anberaumten Termine behaupteten sämmtliche Kontravenienten, ein Recht auf Entnahme von Streu und Holz aus dem Kämmereiforst zu besitzen, weil der Forst nach ihrer Ansicht Bürgervermögen sei. In Folge dieses Einwands wurde den Kontravenienten Seitens des hiesigen k. Kreisgerichts eine bestimmte Frist zum Nachweise resp. Geltendmachung ihres Rechts bewilligt. Die hiesige Spezialkommission entschied aber zu Ungunsten der Kontravenienten und es stand in den Tagen vom 21.—24. d. an Ort und Stelle in Bomst Termin an, der mit Verurtheilung der Angeklagten zu gelinden Strafen endete. Vor dem Termine ist allgemein die Befürchtung ausgesprochen worden, es würden beim Termine, weil diese Angelegenheit für die Bomster von sehr delikater Natur ist, leicht Reibungen entstehen, die wiederum langwierige Prozesse herbeiführen könnten und den Wohlstand vieler Bürger vollends ruiniren würden. Diese Befürchtungen waren aber glücklicherweise unbegründet, es ist vielmehr

(Fortsetzung in der Beilage.)